

Auch wenn die Klimawandelskeptiker noch lustig beim Heurigen sitzen, so hat der Rest der Menschheit doch verstanden, dass man der Erderwärmung mit energischerem Einsatz als bisher begegnen muss. Die Frage „Was tun?“ kennt nur noch Antworten, die eine grundlegende Änderung der Gesellschaft und ihrer Werte erfordern.

Redaktion: Oliver Tanzer

Von Christoph Müller

„Das Problem mit Regierungen ist doch, dass sie von Mehrheiten gewählt werden, die sich um die Artenvielfalt einen feuchten Kehricht scheren. Wohingegen Milliardäre durchaus ein Interesse daran haben. Ihnen ist daran gelegen, dass der Planet nicht völlig vor die Hunde geht, weil sie und ihre Erben diejenigen sein werden, die genügend Geld haben, um ihn noch zu genießen.“ Das sagt Walter Berglund, einer der Protagonisten in Jonathan Franzens Roman „Freiheit“.

Die alljährlichen „Global Risks Reports“ des Weltwirtschaftsforums in Davos zeigen, dass Widerstand gegen effektive Klimaschutzmaßnahmen, Migration, soziale Ungleichheit und fundamentalistische Strömungen keine getrennt zu sehenden Herausforderungen sind – sondern aufs Engste miteinander verwoben. Die Berichte stellen der Menschheit ein gutes Zeugnis bezüglich des Managements konventioneller Risiken, jedoch ein schlechtes in Sachen Erfassung und Bewältigung systemischer Risiken aus. Diese wirken global oder zumindest überregional und sind nicht durch lineare Ursache- und Wirkungsketten beschreibbar. Das bedeutet unter anderem, dass man schädliche Aktivitäten und Strukturen lange Zeit aufrechterhalten kann, ohne dass es zu nennenswerten Auswirkungen kommt. Sobald aber ein bestimmter Punkt überschritten ist, treten die negativen Folgen – wie etwa im Fall der Finanzkrise 2008 – mit großer Wucht ein und lassen sich nicht mehr korrigieren. Ähnliches sagen Wissenschaftler im Fall des Klimawandels voraus.

Ein zentrales Kennzeichen systemischer Risiken ist ihre Unterschätzung durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Viele sind bereits identifiziert, analysiert und bewertet. Einige wie der Klimawandel oder der Verlust der Artenvielfalt stehen im Mittelpunkt zahlreicher, meist getrennter wissenschaftlicher und politischer Aktivitäten. Die Bilanz der bisherigen Maßnahmen fällt mager aus.

Fortschritt, aber wie?

Wie soll vor diesem Hintergrund im Laufe der nächsten 20 bis 40 Jahre die Etablierung dauerhafter Lebens- und Wirtschaftsweisen im globalen Maßstab gelingen? Die aus der Forstwirtschaft stammende – ursprünglich ökonomisch motivierte – Idee der Nachhaltigkeit beziehungsweise nachhaltigen Entwicklung ist seit dem Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (1972), dem Brundtland-Bericht (1987) und der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) als Menschentaufgabe global anerkannt.

Die Kernbotschaft der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens umfasst das Recht der ärmeren Länder und Regionen auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei größtmöglicher Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie das Interesse und Recht künftiger Generationen an gleichwertigen Lebensbedingungen, Entwicklungs- und Entfaltungsoptionen.

Die Umsetzung dieser UN-Beschlüsse bedarf auf nationaler, europäischer und globaler Ebene veränderter politisch-recht-



Die von Greta Thunberg formulierten Forderungen zeigen, dass unser ökonomisches System im Kern unökonomisch ist, da es seine Grundlagen konsumiert. Wir sollten das ändern. EIN GASTKOMMENTAR.

Greta Thunberg oder Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert

licher Leitplanken für den ökonomischen Prozess, insbesondere für den Steuerungsmechanismus Markt. Bisher gelingt es der Politik – unter den herrschenden globalen Konkurrenzbedingungen sowie ange-sichts der Machtansprüche und Interessen der Nationalstaaten und leistungsfähiger Akteure – nicht, einen globalen zukunfts-fähigen Ordnungsrahmen, bestehend aus ökonomischen Instrumenten, Ge- und Verboten sowie Mechanismen der Querfinanzierung, zu schaffen. Ich habe die Hoffnung, dass CO₂ endlich so bepreist wird, dass die globalen Emissionen rechtzeitig im ausreichenden Maße sinken.

Nach wie vor dominiert jedoch das Streben, das westliche Wohlstandsmodell des Massenkonsums und der Wegwerfkultur – auch mit undemokratischen Mitteln – dauerhaft abzusichern und global zu etablieren. Dabei spielen Infrastrukturen und Technologien eine zentrale Rolle. Daher: Wo noch die Möglichkeit besteht, sollten keine mehrspurigen Autobahnen, sondern öffentliche Verkehrssysteme gebaut werden. Wo kein fossiles Energiesys-

tem existiert, ist eine solare Energieversor-gung viel leichter umsetzbar. Dabei geht es auch um eine verkehrte Lernperspektive: Was können moderne Hyperkonsum-gesellschaften von Ländern lernen, die mit strukturellem Mangel und Improvisation arbeiten müssen?

„Kennzeichen systemischer Risiken, etwa des Klimawandels, ist ihre Unterschätzung durch Politik und Gesellschaft.“

„Wie soll das rechtzeitig gelingen?“, fragen sich nicht nur die jungen Menschen, die an Freitagen auf die Straßen und öffentlichen Plätze gehen. Insbesonde-re unsere un hinterfragten Normalitätsvorstellungen, Bequemlichkeit, fehlende Langfristorientierung, Verdrängung, feh-

lendes Denken in komplexen Kausalitäten, Eigennutzenskalküle, Pfadabhängigkeiten und Kollektivgutprobleme machen es we-nig wahrscheinlich, dass sich mehr Nachhaltigkeit gleichsam von selbst einstellt.

Konformismus und Anspruchsdenken

Was treibt uns Menschen an? Was motiviert uns? Welche Mechanismen laufen bei unseren Entscheidungen ab? Bei der Frage etwa, ob ich mit dem Flugzeug in den Urlaub fliege oder nicht, sind zum einen Fakten und Informationen wichtig. Ausschlaggebend sind letztlich aber Konformismus und Anspruchsdenken. Wenn alle das Flugzeug nehmen, kann ich das auch tun und damit mein Gewissen beruhigen. Wir verdrängen bei Entscheidungen die negativen Aspekte, legen uns die Welt zurecht und vereinfachen sie.

Deshalb muss jede Politik respektive Ge-setzgebung so konstruiert sein, dass sie mit diesen Motivationsfaktoren rechnet. Dass eine adäquate rechtliche Rahmenset-



Foto: Hogemeraadslag Holland Noorderwerf

FORTSETZUNG VON SEITE 3

zung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene bisher nicht zustande kommt, ist ebenfalls auf jene Faktoren zurückzuführen. Denn nicht nur Organisationen, Unternehmen und Interessenverbände, sondern auch die Politik werden von Menschen gemacht, deren Verhalten solchen Antrieben unterliegt. Ein freiwilliger Wandel in Unternehmen und Gesellschaft ist zwar denkbar, aber ohne verbindliche politische und rechtliche Maßnahmen fehlt ein entscheidendes Glied. Ein sehr großes Auto mit hohem Verbrauch soll entsprechend teuer werden.

Die Facebook-Dystopie

Mitte Juli meinte der visionäre Science-Fiction-Autor Neal Stephenson: „Ich glaube, in vielerlei Hinsicht erleben wir gerade eine Dystopie. Die Leute haben keine gemeinsame Basis mehr, um miteinander ins Gespräch zu kommen.“ Aus seiner Sicht liegt das am Internet, im Besonderen an Facebook. Gleichzeitig besteht durch die Digitalisierung im Verbund mit staatlichen und kommerziellen Interessen eine reale Gefahr: Sie zerstört schriftweise das Private in einem demokratiegefährdenden Ausmaß, bisher ohne Gegenwehr.

Die offene Gesellschaft und die freiheitliche Demokratie mit ihren komplexen Entscheidungsstrukturen stellt historisch die Ausnahme dar. Die zentrale Stärke unserer demokratischen Institutionen und Verfahren ist, dass wir die Zukunft – auch die Digitalisierung – gestalten können und es an uns liegt, eine enkeltaugliche Politik zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist die Vergrößerung der Zahl der Möglichkeiten. Dagegen erinnert der zunehmende Rechtspopulismus daran, dass es schon immer Herrschaftssysteme gegeben habe, die ihre Macht mit einfachen Wahrheiten sicherten. Viele Menschen scheinen sich nach wie vor nach autoritären Strukturen samt Enthebung der Selbstverantwortung zu sehnen.

Ich bin der Überzeugung, dass die Demokratie, die immer wieder reformiert und angepasst wurde – man denke an die Selbstverständlichkeit, dass Frauen wählen können – deutlich größere Lösungspotenziale für komplexe Probleme aufweist als autoritäre Systeme. Das gilt auch für die Europäische Union. Und anstatt dauernd ins iPhone zu starren, kann sich jeder von uns in Vereinen, Verbänden, Parteien oder Bürgerinitiativen engagieren und somit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Der Autor ist Mitglied des Österreichischen Rats für Nachhaltige Entwicklung (www.nachhaltigkeits-rat.at)

Als das sicherste Delta der Welt – so sehen die Niederlande sich selbst. Doch was, wenn das Meer so schnell steigt, dass selbst der beste Küstenschutz nicht mehr ausreicht? Bestandsaufnahmen zwischen Alarm und Routine.

Amsterdams Angst vor dem Untergang

Von Tobias Müller

Am 20. Juni steht auf der Tagesordnung des Amsterdamer Stadtrats eine bemerkenswerte Abstimmung: Abgeordnete haben einen Antrag eingereicht, wonach die Hauptstadt eine „klimatische und ökologische Krise“

„Die Lage Amsterdams ist symptomatisch für die Niederlande, die zu einem Drittel überschwemmt werden könnten.“

ausrufen soll. „Der Klimawandel bedroht Pflanzen- und Tierarten auf der ganzen Welt mit Aussterben und bedeutet heute schon das Ende der Leben und Lebensweise vieler Menschen“, heißt es in der Begründung. Der Stadtrat nimmt den Antrag an. Amsterdam wird die erste niederländische

Kommune, die diesen Schritt geht. Wenige Tage zuvor halten Aktivisten der internationalen Bewegung Extinction Rebellion einen Trauerritual für zukünftige Opfer des Klimawandels in der Stadt ab. Symbolisch fahren sie einen Sarg per Boot durch die Grachten, um ihn schließlich vor dem Rathaus an der Amstel abzuladen. Es ist ein drastischer Kontrast: hier buntes Treiben von Rundfahrten und Touristen, die sorglos durch einen warmen Sonntagnachmittag flanieren, dort die stille Demonstration geschminkter Begräbnisgäste, trauernd um „das Vergehen der Stadt Amsterdams“.

Die prekäre Lage der Hauptstadt ist symbolisch für das ganze Land. Dass die Niederlande, deren Gebiet zu einem Drittel unter Normal-Null liegt, überschwemmt werden könnten, nun ja: müssen, wenn der Meeresspiegel stark steigt, müsstest außer Frage. Doch hat diese Tatsache, verbunden mit der traumatischen Flutkatastrophe von 1953, ein unvergleichliches Niveau an Expertise hervorgebracht und die hiesigen Wasser-Ingenieure gelten im globalen Vergleich als Maß der Dinge. Wie reagiert man hier auf die unheilvollen Berichte immer schneller steigender Weltmeere?

Die Antwort ist leicht ersichtlich: mit auf-

gerollten Ärmeln und großen Unterhalt-Projekten. Küstenschutz in den Niederlanden ist ein ewiges Projekt. Am deutlichsten zeigt sich dies derzeit am Afsluitdijk (Abschlussdeich). Der 32 Kilometer lange Damm zwischen den Provinzen Nord-Holland und Friesland ist ein geradezu ikonisches Bauwerk, das sogar aus dem All erkennbar ist. Erbaut zwischen 1927 und 1932, trennte er die zuvor tief ins Land einschneidende Zuiderzee von der Nordsee ab und machte daraus das bei Segeltouristen beliebte IJsselmeer.

Renovierung nach strengen Normen

85 Jahre nach seiner Eröffnung ist der Abschlussdeich eine Baustelle. Bis 2022 lässt die Wasserbehörde Rijkswaterstaat ihn renovieren. Eine neue Außenverkleidung, je zwei Sielschleusen und Pumpwerke, um Wasser aus dem IJssel- ins Wattmeer ablassen oder pumpen zu können. Programm-Manager Joost van de Beek erklärt bei einem Ortsbesuch: „Die Renovierung hat drei Gründe. Das Alter des Deichs, das Steigen des Meeresspiegels und unsere Sicherheitsnormen: Als er gebaut wurde, gab es noch keine. Jetzt werden sie immer strenger.“

In seinem Büro wirft Manager van de